

Euro-Schuldenkrise: Ein Lösungsvorschlag für ein Ende ohne Schrecken

von Dipl. Volkswirt Schulym Apelojg

Die Reaktion der Märkte auf die diversen Konferenzen unserer europäischen Politiker signalisieren alles andere als eine Beruhigung der Lage. Kein Wunder, denn bisher gab die Politik keine Antwort auf die drei wichtigsten Fragen, die sich aus der gegenwärtigen Verschuldungskrise stellen, nämlich:

Erstens: Wie können die bisher angehäuften Schulden der Euro-Staaten (Altschuldenbestand) günstig, dauerhaft, sicher und ohne Inflation refinanziert werden?

Zweitens: Wie kann eine weitere unkontrollierte Zunahme der Staatsverschuldung (Neuverschuldung) mit einfachen schnellen Mitteln und ohne Umgehungsmöglichkeiten verhindert werden?

Drittens: Wie kann eine mögliche Lösung für die beiden Fragen vor Aufweichungen aus dem politischen Raum geschützt werden?

Eine einfache Antwort auf diese drei Fragen ist nur bei der EZB und ihren – noch zu ändernden – Statuten zu suchen; sie ist die einzige Institution, die unbeschränkt Euro-Liquidität schaffen und somit jeden Euro-Staat mit unbeschränkter Feuerkraft unterstützen kann.

Eine Lösung muss daher die folgenden fünf Elemente beinhalten:

1. EZB-Garantie auf die bestehende Staatsverschuldung zu einem Stichtag aus der nicht allzu fernen Vergangenheit:

Die EZB bietet allen Inhabern von €-Schuldtiteln der Eurostaaten an, diese gegen neue, von der EZB garantierte Papiere zu tauschen. Diese garantierten Papiere haben den gleichen Schuldner, die gleiche Laufzeit, aber wesentlich niedrigere Zinsen (auf oder gar unter dem deutschem Zinsniveau!):

Die EZB-Garantie ist ausschließlich auf den Altschuldenbestand und seiner Refinanzierung beschränkt.

2. Vorrang der EZB-garantierten Schuldtitel vor Neuverschuldung:

Die Schuldnerstaaten erhalten die EZB-Garantie nur, wenn sie sich öffentlich und rechtlich verbindlich verpflichten, im Falle einer Insolvenz ihren Altschuldenbestand vor der Neuverschuldung zu bedienen (analog Hypotheken 1. und 2. Ranges).

3. Einschränkung der Rediskont- und Pensionsfähigkeit staatlicher Schuldtitel:

Ab sofort sind nur noch EZB-garantierte Staatspapiere aus dem Altschuldenbestand beziehungsweise seiner Refinanzierung als Sicherheit bei der Zentralbank hinterlegungsfähig.

Papiere, die der Neuverschuldung dienen, werden ab sofort von der EZB nicht mehr als Sicherheit akzeptiert.

4. Änderung der Basel-III-Regularien:

Eigenkapitalunterlegung von null Prozent ist nur noch für EZB-garantierte Staatsanleihen aus dem Altschuldenbestand erlaubt.

Alle anderen Schuldtitel sind gemäß aktuellem Risiko mit Eigenkapital zu unterlegen.

5. Schutz der EZB vor Druck und politischem Missbrauch:

Der Maastricht-Vertrag und die EZB-Statuten sind so zu ändern, dass eine Modifizierung und Zuwiderhandlung zu den Punkten 1 bis 4 nur einstimmig und nur nach einer Genehmigung aller Parlamente der Euro-Staaten möglich ist.

Die Realisierung dieser fünf Punkte wird die Unsicherheiten auf den Finanzmärkten beenden, und dem gesamten Euroraum eine neue Stabilitätskultur samt marktgesteuerter Schuldenbremse beschere, denn:

- Die bedrängten Peripherie-Staaten werden durch die EZB-Garantie eine sehr starke Aufwertung der Bonität ihres Altschuldenbestandes auf AAA-Niveau erfahren.

- Die Frage nach der Refinanzierung italienischer oder gar griechischer Anleihen stellt sich bei EZB-garantierten Papieren überhaupt nicht mehr!

- Bei einem Zinssatz von etwa 2% p.a. ist sogar Griechenland in der Lage, die Zinsen für seine gesamten Schulden auch ohne einen Schuldenschnitt aufzubringen!

- Eine neue Schulden-Bremse entsteht von selbst: Neuverschuldung wird zunehmend schwieriger, für Problemstaaten wie Griechenland und Italien wegen der exorbitanten Zinsen fast unmöglich.

- Rettungsschirme mit einer nach oben offenen Risikokala werden ebenfalls überflüssig.

- Anleihen-Käufe der EZB – die inflationäre Gefahren bergen – können eingestellt werden.

- Schuldenschnitte sind nicht mehr nötig. Der Konsolidierungs- und Reformdruck auf die Schuldnerstaaten wird aufrecht erhalten.

- Eine erzwungene Rekapitalisierung der Banken kann folglich entfallen.

- Einer europäischen Wirtschaftsregierung – ein beliebtes, wenn auch unsinniges Vorhaben – wird der Boden endgültig entzogen.

- Ein Domino-Effekt ist auch bei nun unwahrscheinlicher Insolvenz eines Euro-Staates nicht mehr möglich.

- Bisher gefährdete Euro-Staaten müssen weder Eingriffe in ihre Haushaltspolitik noch in ihre Souveränität erdulden.

Ich glaube, diese nachvollziehbaren Gedanken müssen breit diskutiert werden, und wenn das Ergebnis immer noch überzeugend bleibt, dann müssen sie mit Macht politisch umgesetzt werden.

Als kleiner Volkswirt aus München bitte ich daher um Kritik, Unterstützung, Fragen oder Anregungen, wie diese Gedanken verbreitet werden können, am einfachsten über meine E-Mail eurokrise@apelojg.de oder über mein facebook-account.

<http://www.facebook.com/Eurokrise.Loesung>

Diplom-Volkswirt Schulym Apelojg
c/o Allure Deutschland GmbH
Berduxstraße 15, 81245 München